



Es gilt das gesprochene Wort!

Statement
von Bischof Dr. Heiner Koch (Dresden-Meißen),
Mitglied der Migrationskommission und der Kommission
Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz,
im Pressegespräch „Herausforderungen der Migration in Deutschland“
am 25. Februar 2015 in Hildesheim
zur Frühjahrs-Vollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz

Auch unter katholischen Christen bleibt das öffentliche Eintreten der Kirche für Flüchtlinge und das konkrete Engagement vor Ort nicht immer unwidersprochen. Ich will daher zunächst noch einmal die Motive für unser Engagement aufzeigen und einige Beispiele nennen, bevor ich auch auf die Kritik eingehe.

1. Es ist klar: Die Kirche setzt sich nicht deshalb für Flüchtlinge und Migranten ein, weil sie sich davon positive Schlagzeilen verspricht. Die Sorge um die Schwächsten, um die Fremden, die Flüchtlinge gehört vielmehr zum Kern unseres Christseins. Christus selbst hat sie uns aufgetragen: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan.“ (Mt 25,40). Die Kirche in Deutschland und weltweit ist schon lange bemüht, diesem Anspruch im Handeln für Fremde und Flüchtlinge gerecht zu werden. Das besondere Engagement von Papst Franziskus hat uns aber noch einmal wachgerüttelt und motiviert, die Anstrengungen zu steigern.

2. Der Schutz von Flüchtlingen bleibt unbestritten eine rechtliche und moralische Verpflichtung für den ganzen Staat und für die ganze Gesellschaft. Die Kirche appelliert aber nicht nur an andere, tätig zu werden. Sie leistet auch nicht unbeträchtliche eigene Beiträge.

Da ist zunächst die hohe Spendenbereitschaft der Gläubigen für die Flüchtlingshilfe im In- und Ausland. Dabei geht es zum einen um Geldspenden, aber auch um Sachspenden. Ich will mich hier auf ein kleines Beispiel aus meinem eigenen Bistum beschränken: Nach einem Gespräch mit

Kaiserstraße 161
53113 Bonn
Postanschrift
Postfach 29 62
53019 Bonn

Tel.: 0228-103 -214
Fax: 0228-103 -254
E-Mail: pressestelle@dbk.de
Home: www.dbk.de

Herausgeber
P. Dr. Hans Langendörfer SJ
Sekretär der Deutschen
Bischofskonferenz

der sächsischen Staatsministerin für Integration haben wir vor wenigen Wochen spontan dazu aufgerufen, für Flüchtlingsfamilien dringend benötigte Kinderwagen zur Verfügung zu stellen. Ein kleines Zeichen nur, aber eine konkrete Hilfe für Familien mit kleinen Kindern. Ein zentrales Element kirchlicher Unterstützung für Flüchtlinge ist die kontinuierliche Arbeit der hauptamtlichen Mitarbeiter unserer Verbände und Einrichtungen, die gerade in der Flüchtlingsberatung zu einem guten Teil aus Eigenmitteln finanziert werden. Ich freue mich, dass die Kirche in Deutschland in der Lage ist, hier auch dank der Kirchensteuern substantielle Beiträge zu leisten.

Aus Kirchensteuern, oft ergänzt durch Spenden, stammen auch die Mittel für die zusätzlichen Fonds, mit denen viele Diözesen in Deutschland den Flüchtlingen unbürokratisch helfen. Große und finanzstarke Bistümer haben hier teilweise siebenstelligen Summen zur Verfügung gestellt, aber auch die weniger begüterten tun das ihnen Mögliche. Mit diesen Fonds können wir auch die vielfältige ehrenamtliche Arbeit für Flüchtlinge und mit Flüchtlingen fördern. Hier ist in letzter Zeit manches in Bewegung geraten. In vielen Bistümern gibt es Initiativen, um engagierte Menschen zu qualifizieren, zu begleiten und miteinander zu vernetzen. Dazu wurden beispielsweise Handreichungen erstellt, die erste Informationen über die Situation von Flüchtlingen bieten und Möglichkeiten für ehrenamtliche Begleitung und Hilfe aufzeigen. Vielerorts werden für die hier Engagierten Fortbildungen und fachliche Begleitung angeboten. Erwähnung verdienen auch die Bemühungen, Unterkünfte für Flüchtlinge bereitzustellen. Eine genaue Bestandsaufnahme ist wegen der Vielzahl kirchlicher Körperschaften, die Gebäude zur Verfügung stellen, schwierig. Die Zahl liegt aber deutlich im vierstelligen Bereich.

Allen, die sich haupt- oder ehrenamtlich in Gemeinden, Verbänden und Einrichtungen oder ganz persönlich in diesem Bereich einsetzen, danke ich von Herzen. Sie tragen dazu bei, Deutschland ein buchstäblich freundliches Gesicht zu geben. Das tut vielen Flüchtlingen gut und es tut auch unserer Gesellschaft gut.

3. Das öffentliche Eintreten für den Flüchtlingsschutz und das konkrete Engagement der Kirche haben viel Zustimmung und Unterstützung erfahren. Es erreichen uns allerdings auch viele Zuschriften, die teilweise heftigen Unmut über diese Schwerpunktsetzung zum Ausdruck bringen. Manche sorgen sich, dass Deutschland und die Kirche den Zustrom nicht bewältigen können, andere befürchten einen Verlust kultureller Identität. Die öffentliche Aufmerksamkeit für die in Dresden unter der Bezeichnung „PEGIDA“ bekannt gewordene Gruppierung und ihre lokalen Ausprägungen andernorts hat nach dem merklichen Rückgang der Zahl der Demonstranten bereits nachgelassen. In ihrer besonderen Form handelte es sich wohl um ein vorrangig regionales Phänomen. Die diesen Demonstrationen zugrunde liegenden Probleme sind allerdings nicht auf Sachsen beschränkt und auch nicht mit dem Abflauen der Kundgebungen verschwunden. Es deutet Vieles darauf hin, dass hier ein bisher schweigender Teil der Bevölkerung teils lautstark sein Unbehagen mit einer Reihe gesellschaftlicher Entwicklungen artikuliert. Dabei handelt es sich nicht um „abgehängte“ und

von gesellschaftlicher Teilhabe weitgehend ausgeschlossene Menschen, sondern um einen Querschnitt durch nahezu alle Schichten. Ein verbindendes Element vieler Forderungen scheint die Kritik an einer zunehmenden Vielfalt unserer Gesellschaft zu sein. Dazu gehört nicht nur eine ethnische, religiöse und kulturelle Vielfalt, sondern auch eine Vielfalt von Lebensentwürfen. Herausforderungen im Zusammenleben von Menschen verschiedener Herkunft, die es unbestreitbar gibt, führen zur Sorge vor einer „Überfremdung“, die einen konstruktiven Umgang mit der Vielfalt erschwert.

Wir müssen feststellen, dass es der Politik – und auch der Kirche – nicht immer gelingt, als richtig und notwendig erkannte Entscheidungen so zu kommunizieren, dass sie auch bei diesen Menschen Zustimmung erfahren. Es ist zu befürchten, dass sich die repräsentative Demokratie bei einem Teil der Bevölkerung in einer Legitimationskrise befindet. Diese Entwicklung müssen wir ernst nehmen, ohne uns die oft allzu einfachen Lösungsvorschläge für tatsächliche oder vermeintliche Probleme zu eigen zu machen.

4. Nach wie vor gilt, was wir Bischöfe schon vor einigen Jahren in der Diskussion um die gesellschaftliche Integration von Zuwanderern betont haben: Eine gute Zukunft für unser Land kann weder durch Assimilationsdruck auf die Migranten noch durch die Entstehung von Parallelgesellschaften gelingen. Echte Integration erfordert Beiträge sowohl der einheimischen, wie der zugewanderten Bevölkerung. Das Zusammenleben in Vielfalt und ein friedliches Austragen von Konflikten müssen im Alltag immer wieder neu (ein)geübt werden. Die kulturellen, aber auch religiösen Überzeugungen und Prägungen der Zuwanderer verändern unsere Gesellschaft. Sie gefährden sie aber nicht in ihren Grundlagen, wenn Einheimische und Zugewanderte wissen, auf welchem Fundament sie stehen, wenn sie unsere Gesellschaftsordnung schätzen und dafür einstehen. Gesellschaftliche Integration – übrigens nicht nur von Zuwanderern – bedarf zum einen der Werteordnung unserer Verfassung als festes Fundament und zum anderen des wechselseitigen Interesses aneinander. So eröffnen sich für unsere Gesellschaft Chancen der sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung.